



Freitag, 29. Juli 2022, 15:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Grüner Rammbock des Kapitals

Ähnlich wie die Nazis vor knapp 100 Jahren dienen heute die Grünen als Hardliner bei der Durchsetzung der Agenda der großen Konzerne. Teil 1/2.

von Eric Angerer
Foto: Rido/Shutterstock.com

Grüne Spitzenpolitiker als integraler Teil des Weltwirtschaftsforums (WEF) und als Cheerleader der NATO – von einer Partei aus systemkritischen Außenseitern sind die Grünen innerhalb weniger Jahrzehnte zur meinungsführenden Herrschaftspartei geworden. In vielen Fragen steht ihre aktuelle Politik in diametralem Gegensatz zu ihren ursprünglichen Idealen. Aus Befürwortern direkter Demokratie wurden Einpeitscher autoritärer Maßnahmen, aus friedensbewegten Hippies die rabiatesten Kriegshetzer.

Einer Bestandsaufnahme der Degeneration der grünen Bewegung sollen hier eine Untersuchung der Ursachen, ein Psychogramm ihrer typischen Parteigänger und eine Klassenanalyse des grünen Milieus folgen. Es werden die Fragen diskutiert, warum sich die Grünen so besonders begierig der US-Politik unterwerfen und inwieweit sie eine Art neue faschistische Bewegung darstellen.

Manche Menschen waren schockiert und überrascht, mit welcher Inbrunst gerade grüne Politiker im Zuge der Corona-Regimes die Aufhebung von Grundrechten forcierten. Andere sind es jetzt, wenn sie sehen, wie sich etwa die grüne Außenministerin Annalena Baerbock als Scharfmacherin der NATO-Kriegsanstrengungen ins Zeug legt. Dabei reicht die Zähmung und Dienstbarmachung der Grünen mindestens 25 Jahre zurück.

In der BRD wurden die Grünen 1980 gegründet, in Österreich – als Vereinigung zweier Vorläuferorganisationen – 1986. In beiden Ländern sind sie eine Art parteipolitische Institutionalisierung von Teilen bestimmter Bewegungen: der Anti-Atomkraft-Bewegung im Speziellen und der Umweltbewegung im Allgemeinen, aber auch der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der Dritte-Welt-Solidarität. Insbesondere fanden Aktivisten der studentisch geprägten „Neuen Linken“, Maoisten und Trotzlisten ebenso wie Spontis und RAF-Sympathisanten, auf der Suche nach Neuorientierung, in den Grünen eine politische Heimat.

Der „Marsch durch die Institutionen“ wurde schrittweise zu einer Domestizierung. Politische Positionen wurden nach und nach einer „verantwortungsbewussten“

„Regierungsfähigkeit“, also der jeweiligen Agenda des Großkapitals und der USA angepasst.

In Deutschland waren die Grünen von 1998 bis 2005 in einer rot-grünen Koalition erstmals an der Bundesregierung beteiligt, seit 2021 sind sie es erneut, gemeinsam mit SPD und FDP. In Baden-Württemberg stellen sie seit Mai 2011 erstmals einen Ministerpräsidenten, zuerst in Koalition mit der SPD, seit 2016 mit der CDU. Insgesamt sind die Grünen in Deutschland an 10 von 16 Landesregierungen beteiligt und damit ein integraler Bestandteil des Systems. In Österreich bilden die Grünen seit Anfang 2020 gemeinsam mit der christdemokratischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) die Bundesregierung, außerdem sind sie in den drei westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg an der Landesregierung beteiligt.

Bestandsaufnahme

Im Parteiprogramm der Grünen fanden sich anfänglich Gedanken zum Umweltschutz, Warnungen vor den Gefahren der Atomkraft, konservative Ablehnung der Industriegesellschaft und linke Kritik an den zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise. Zuletzt war die Partei treibende Kraft der Klima-Panikmache, die Weltwirtschaftsforum und andere Globalisten für ihre Agenda benutzen. Dabei haben sie stets Mobilitätseinschränkungen der Masse der einfachen Leute im Visier, während die gigantischen Transporte des globalistischen Kapitalismus für die Grünen offensichtlich sakrosankt sind. Und im Zuge des Ukraine-Konflikts beweisen die Grünen mit ihrem Eintreten für besonders umweltschädliches US-Fracking-Gas und die Wiederbelebung von Kohle-Kraftwerken, dass ihre CO₂-Propaganda nur ideologische Phrasen waren, die nicht mehr wichtig sind, wenn es um NATO-Ziele geht.

Und dass die einfachen Leute mit horrenden Heizkosten und allgemeiner Teuerung die Zeche für diese Kriegspolitik, die maßgeblich von den Grünen vorangetrieben wird, zahlen sollen, zeigt sehr deutlich, dass für diese Partei die „soziale Frage“ immer nur Ballast war, den man jederzeit entsorgen kann. In grünen Parteiprogrammen fanden und finden sich dazu allerlei schöne Worte, Relikte aus der „linken“ Vergangenheit etlicher Grüner. Meist waren es jedoch Konzepte der paternalistischen Alimentierung und keine der Selbstorganisation und des Klassenkampfes der Lohnabhängigen. Soziale Forderungen waren für die Grünen als prokapitalistische Partei der akademischen Mittelschichten auch mehr moralischer Gestus als ureigenes Anliegen. Dementsprechend wurden sie schnell aufgegeben: In Deutschland beschlossen die Grünen das berüchtigte Verarmungsprogramm Hartz IV bereits in ihrer ersten Regierungsbeteiligung mit. In Österreich exekutierten die Grünen 2003 als Teil der oberösterreichischen Landesregierung die Privatisierung des österreichischen Stahl- und Technologiekonzerns VÖEST und der Energie AG.

Die Corona-Regimes zeigten auch in anderen Fragen das wahre Gesicht der Grünen. Früher waren zumindest Teile der Grünen kritisch gegenüber der herrschenden Art von Medizin, ihrer mangelnden Ganzheitlichkeit, ihrer Kommerzialisierung et cetera, jedenfalls aber gegenüber den Machenschaften von Big Pharma.

Nun haben sich die allermeisten Grünen – wie auf Kommando der globalistischen Netzwerke – bereitwillig und oft geradezu fanatisch vor den Karren einer kaum erprobten „Impfung“ von Millionen Menschen mit einem zweifelhaften Gen-Präparat gespannt. Sie haben Druck aufgebaut, um den Eingriff in die körperliche Integrität auch gegen den Willen der Menschen durchzusetzen, und Kritiker auf üble Weise diffamiert. Ein besonders extremistisches Exemplar dieser Gattung grüner Politiker war der österreichische

Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein, eine der ganz wenigen löblichen Ausnahmen, die sich dem autoritären Regime verweigerten, die ehemalige Bundessprecherin der österreichischen Grünen Madeleine Petrovic.

Die Entblößung der ebenso heuchlerischen wie menschenfeindlichen Züge der Grünen zeigte sich aber nicht nur bezüglich der Corona-„Impfung“, sondern weit umfassender. Stets hatten diese Parteien Grund- und Menschenrechte als hehre Prinzipien vor sich hergetragen, mit ihrer nervigen Political Correctness oft ins Lächerliche übersteigert. Eine unbedachte Formulierung einer Person, die mit den heiklen Sprachcodes der akademischen Blase der Bessermenschen nicht vertraut ist, wurde von Grünen schnell als „Diskriminierung“ skandalisiert und die Person an den Pranger gestellt. Oft geschah das mit einer Mischung aus hyperventilierender Hysterie und dem selbstüberhöhenden Genuss, die einzig wahren Verteidiger der Menschenrechte zu sein. In den Corona-Regimes aber waren die Grünen federführend dabei, diverse Grund- und Freiheitsrechte außer Kraft zu setzen: die Bewegungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Meinungsfreiheit, die Erwerbsfreiheit, die Verfügungsgewalt über den eigenen Körper. Nach diesen beiden Jahren stehen die grünen Parteien völlig nackt da: Sie sind eine totalitäre politische Kraft.

Frieden und Krieg

Der NATO-Doppelbeschluss von 1979 sah in Westeuropa die Aufstellung von mit Atomsprengköpfen bestückten Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern vor. Das führte insbesondere in Deutschland, aber auch in Österreich in den Jahren 1981 bis 1983 zu Massendemonstrationen gegen diese Eskalation atomarer Rüstung, die Teil der US-Strategie des „Totrüstens“ der

Sowjetunion war (1). Diese Friedensbewegung gilt als eine Wurzel der Grünen und die Partei forderte dann auch jahrelang einen Austritt aus der NATO – etwa in den Bundestagswahlprogrammen von 1987 und 1990 (2).

Im Wahlprogramm 1994 ist bereits eine Aufweichung dieser Position sichtbar – der Austritt aus der NATO wird nicht mehr verlangt. Stattdessen ist nur mehr diffus von einer Entmilitarisierung der Politik und im Zuge dessen einer Auflösung der NATO die Rede. Darüber hinaus zeigte man bereits Verständnis für die laufende NATO-Osterweiterung, weil sich die osteuropäischen Länder durch den „Aufstieg einer rotbraunen Allianz der Reformgegner“ in Russland bedroht fühlen. Dabei regierte in Moskau bis 1999 der alkoholranke Boris Jelzin, eine Marionette von NATO und Internationalem Währungsfonds (IWF). Und genau diesen Zustand nutzte die NATO, um – entgegen den Zusagen von 1990 – die Aufnahmen von ostmitteleuropäischen Ländern vorzubereiten und ab 1997 durchzuführen. Die Grünen aber haben bereits begonnen, den Spin der NATO-Propaganda zu übernehmen (3).

Ende der 1990er-Jahre wurde die Unterwerfung der Grünen unter die Kriegspolitik von USA und NATO schließlich besiegelt. Im Wahlprogramm von 1998 ist wieder unverbindlich von einer „Entmilitarisierung der internationalen Politik“ die Rede. Gleichzeitig wird nun aber die ursprüngliche grüne Position explizit auf den Kopf gestellt, denn es ist zu lesen: „Ein einseitiger Austritt Deutschlands aus der NATO ist abzulehnen“ – denn das, so die absurde Argumentation, würde den „internationalen Dialog zerstören“ und „Ängste vor einem deutschen Sonderweg schüren“. Ängste vielleicht in der NATO-Zentrale und in der US-Regierung, aber nicht in Russland, das unter dem NS-Krieg am meisten gelitten hatte und das oftmals für ein neutrales entmilitarisiertes Deutschland eintrat. Immerhin musste die nach Regierungsbildung die Parteiführung den friedensbewegten Teilen der Basis im Programm von 1998 offenbar noch ein Zugeständnis machen und so

kann man lesen: „Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab“ (4).

Ein Jahr später landet auch dieses Bekenntnis im Mülleimer. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der grüne Außenminister Joschka Fischer, der die 180-Grad-Wendung der Grünen geradezu beispielhaft verkörperte. Fischer war in den frühen 1970er-Jahren in Frankfurt am Main der Anführer der „Putzgruppe“, der Schlägertruppe der militant-linksextremen Formation „Revolutionärer Kampf“. Als solcher hat er, ausgerüstet mit Motorradhelm und Schlagstock, an Pro-RAF-Demos teilgenommen und gewaltsam Polizisten attackiert und verletzt. Vom einstigen Antiimperialismus war nichts übrig, als Fischer im Frühjahr 1999 die Grünen und Deutschland in den NATO-Krieg gegen Jugoslawien führte. Es war das erste Mal seit 1945, dass deutsche Soldaten wieder ein anderes Land angriffen – und ausgerechnet Serbien, wo die Nazi-Besatzer grausam gewütet hatten. Legitimiert wurde das mit Fischers demagogischem Schlachtruf „Nie wieder Auschwitz!“

Fischer und die NATO setzen damit das fort, was die USA in ihrem Krieg gegen den Irak 1991 begonnen haben, als sie ihre Bombardements mit der ideologischen Untermauerung geführt hatten, dass Saddam Hussein der „neue Hitler“ sei. Die herrschende Klasse instrumentalisierte sehr geschickt Humanität und Fortschrittlichkeit für ihre Interessen und konnte so etliche Linke einbinden oder zumindest von Opposition abhalten. Und weil das 1991 so gut funktioniert hatte, wurde die heuchlerische Karte des NS-Vergleichs erneut ausgespielt. Und noch mehr als gegen den Irak machten sich auf dieser Grundlage viele Linke zu Handlangern des NATO-Angriffskriegs.

Sowohl bei der Gleichsetzung von Hussein mit Hitler als auch bei Fischers Auschwitz-Vergleich handelte es sich um echte Verharmlosungen des Nationalsozialismus – die Medien und Justiz natürlich ignorierten.

Und in beiden Kriegen wurde mit diversen Lügen gearbeitet – in Bezug auf den Kosovo gar mit der Erfindung von KZs, die Serbien betreiben würde –, in beiden Kriegen wurden unzählige Menschen getötet und in beiden setzten die USA Uran-Munition ein, die die Bevölkerung verstrahlte.

Fischer hat 1999 den weiteren Kurs der Grünen vorgegeben. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden sie immer mehr in die Machtstrukturen integriert und zu verlässlichen politischen Prokuristen von Großkapital und USA. Politiker Cem Özdemir, Claudia Roth, Katrin Göring-Eckhardt, Omid Nouripour oder eben Annalena Baerbock waren oder sind mit transatlantischen Netzwerken wie der Atlantik-Brücke oder dem German Marshall Fund of the USA verbunden, als Mitglieder oder über Kooperationen. Baerbock gehört auch zu den Young Leaders des WEF.

Dementsprechend haben sich die Grünen bei der aktuellen NATO-Offensive gegen Russland als die schrillsten Kriegshetzer hervorgetan. Robert Habeck distanziert sich von Pazifismus und stimmt die deutsche Bevölkerung auf Opfer für das nationalistische Regime in Kiew ein. Anton Hofreiter fordert penetrant mehr Artillerie – mit denen die rechtsextremen nationalistischen Bataillone im Osten der Ukraine seit Jahren die Wohngebiete der Großstadt Donezk beschießen. Und Baerbock bejubelt die geplanten NATO-Beitritte von Schweden und Finnland und warnt vor „Kriegsmüdigkeit“ in den westlichen Staaten.

Die österreichischen Grünen haben natürlich weniger Bedeutung, denn sie regieren in einem kleinen Land, das nicht in der NATO ist. Sie sind aber um nichts besser und gerieren sich in Österreich als besondere Hardliner gegen Russland. Peter Steyrer, jahrzehntelang zentraler Proponent der österreichischen Friedensbewegung und nun Berater des grünen Vizekanzlers, distanzierte sich jüngst medienwirksam vom Pazifismus und warb für die militärische

Unterstützung des Regimes in Kiew. Und als Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer die Russland-Sanktionen Österreichs und der EU kritisierte, waren es insbesondere die Grünen, die über ihn herfielen. Das ist auch wenig überraschend, immerhin hatte der ehemalige Grünen-Chef und nunmehrige Bundespräsident Alexander van der Bellen bereits 1999 zu Protokoll gegeben, er habe „noch nie ein schlechtes Wort über die NATO gesagt“ (5).

Grün-globalistische Querfront

Was wir vor uns haben, ist eine Querfront zwischen den Grünen und in ihrem Schlepptau der Mehrheit der universitären und „radikalen“ Linken mit dem Mainstream der globalistischen Banken und Konzerne, also dem aggressivsten Teil des neoliberalen und expansiven Finanzkapitals des US- und EU-Imperialismus, und seines bewaffneten Arms NATO. Die Auseinandersetzung zwischen dieser Front und dem Widerstand dagegen prägt heute die europäische Politik.

Der Marsch der 1968er in die Institutionen des Staates ist dabei nicht die Ursache für die globalistische Politik und die „fortschrittliche“ Fassade der Banken und Konzerne. Die Ursache liegt vielmehr in der Expansionslogik des Kapitals und in den Interessen der dominanten Kapitalgruppen. „Diversity“ ist ursprünglich ein Management-Konzept. Als Ideologie der domestizierten Kulturlinken passt es allerdings perfekt zur globalistischen Agenda. Deshalb wird diese Ideologie an Unis und in Medien auch dermaßen gefördert und zu einem religiösen Mantra gemacht, werden Häretiker an den Pranger gestellt.

Die Grünen und diverse studentische Kulturlinke haben sich von sozialer Frage, Marxismus und Klassenkampf längst verabschiedet, sind von der Arbeiterklasse sozial und politisch abgehoben,

betreiben einen „linken“ Lifestyle und „Identitätspolitik“. Auch wenn die One-World-Diversity-Ideologie des globalistischen Kapitals über Thinktanks, Unis und Medien zur herrschenden Ideologie in der Gesellschaft wurde und in den allermeisten Parteien verbreitet ist, so sind die Grünen doch der reinste Ausdruck davon, und genau deshalb spielen die Grünen eine immer wichtigere Rolle in der offiziellen Politik.

Die Grünen sind aber auch der reinste organisatorische Ausdruck des Milieus der kleinbürgerlich-akademischen Linken und Liberalen, gefangen in der Propaganda der herrschenden Klasse, die sehr geschickt Humanität und Antirassismus für ihre Interessen instrumentalisiert. Dieses grüne Milieu ist aber auch gefangen in ihrer eigenen Ideologie und Propaganda, die stark um einen sogenannten „Antifaschismus“ kreisen.

Aus dem berechtigten Protest der 1968er-Aktivisten gegen die Nazi-Kontinuitäten in Konzernen, Staatsapparat und Universitäten entstanden in den 1970er- und 1980er-Jahren Bewusstsein und Aufarbeitung. Mit den Niederlagen der Arbeiterbewegung gegen den neoliberalen Kapitalismus, der Defensive des Marxismus und der Integration der 1968er in das herrschende System und ihrer Entwicklung zur neuen intellektuellen „Elite“ an Uni, in Medien et cetera wurde der Bogen allerdings weit in die andere Richtung überspannt. Der Nazismus wurde in der von Staaten und Stiftungen geförderten Ideologieproduktion nach und nach seines Klasseninhaltes entkleidet. Immer mehr universitäre „Forschungen“ führten absurderweise dazu, dass immer weniger verstanden wurde, dass das deutsche und teilweise auch internationale Großkapital die Nazis finanzierten, damit diese mit ihrer kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Massenbasis die Arbeiterbewegung zerschlagen und so die Profit- und Kriegsinteressen der Konzerne durchsetzen.

Während diese Ideologie, die besonders bei den Grünen

beheimatet ist, allen Deutschen und Österreichern pauschal eine innere Neigung zum Nazismus unterstellt und jeder Kritiker der aktuellen Einwanderungspolitik oder des Corona-Regimes schnell mal aufgeregt als „Nazi“ diffamiert wird, beweisen die Grünen ständig aufs Neue, wie instrumentell und vorgeschoben ihr „Antifaschismus“ in Wahrheit ist:

In der Ukraine wurde 2013 bis 2014 die gewählte Regierung durch gewaltsame Proteste am Kiewer Maidan hinweggeputscht. Die radikalsten und entscheidendsten Kräfte waren rechtsextreme Verbände, nämlich die rechtsextreme Partei Swoboda und die Schläger des sogenannten „Rechten Sektors“, beides Kräfte in der Tradition der ukrainischen NS-Kollaborateure. Hier handelte es sich um echte Nazis, sowohl von ihrer Ideologie her als auch in ihrer gewaltsamen Praxis des Terrors. Dennoch wurden diese Kräfte, die schon Monate zuvor in Wäldern militärisch trainiert hatten, bereits über Jahre von den USA protegiert, dennoch der von Nazis dominierte Maidan-Putsch vom Westen unterstützt, dennoch mischte sich unter die Nazi-Schläger am Maidan die US-Vizeaußenministerin Victoria Nuland.

Als im Südosten der Ukraine die überwiegend russischsprachige Bevölkerung gegen den nationalistischen Putsch auf die Straße ging, mobilisierte der „Rechte Sektor“ seine faschistischen Schläger nach Odessa, überfiel dort am 1. Mai 2014 eine Anti-Maidan-Kundgebung und zündete schließlich das Gewerkschaftshaus an, in das sich die Anti-Maidan-Aktivisten geflüchtet hatten; 42 Menschen verbrannten im Haus, weitere wurden bei Fluchtversuchen von den ukrainischen Faschisten gelyncht – und in den westlichen Medien wurde das Geschehen verschwiegen oder bagatellisiert, unterstützte doch der EU-Imperialismus die ukrainischen Nationalisten gegen Russland.

Auch im folgenden Bürgerkrieg in der Ostukraine spielten die

faschistischen Mörderbanden des „Rechten Sektors“ eine wesentliche Rolle in den sogenannten „Freiwilligenbataillonen“ Asow, Ajdar und so weiter. Asow entstand unter dem Kommando des bekannten Neonazis Andriy Biletsky, der sich zum „Kreuzzug der weißen Nationen der Welt gegen die semitisch geführten Untermenschen“ bekannte. Asow greift auf Symbole zurück, die bereits die SS verwendete. Die ukrainischen Militärs und diese nazistischen Bataillone, die NS-Sympathien teilweise ganz offen zur Schau trugen, wurden mit Waffen aus der EU und den USA aufgerüstet und von polnischen, britischen, deutschen und US-Beratern instruiert (6).

Dieses Regime in Kiew wird von den NATO-Staaten und insbesondere von den Grünen unterstützt. Barak Obama, Jean-Claude Juncker und Angela Merkel hatten also kein Problem und Joe Biden, Ursula von der Leyen und Baerbock haben kein Problem, mit echten Nazis zu kooperieren, aber sie missbrauchen „Antifaschismus“, wenn es nützt, ihre Ziele im Sinne des globalistischen Großkapitals durchzusetzen, etwa bei der Durchsetzung von Zensur oder gegen Kritiker von Corona-Repressalien.

Hybris und Selbsthass

Hinter diesem Missbrauch von „Antifaschismus“ steht eine den Kapitalinteressen angepasste Betrachtung des Nazismus. Verantwortlich für das Nazi-Regime sind in der neuen linksliberal-grünen Ideologie nicht mehr die Kapitalisten, die maßgeblichen Teile des Staatsapparats, die dann nach 1945 auch noch weitgehend von den britischen und US-amerikanischen Besatzern übernommen wurden, und die etwa 15 Prozent der Bevölkerung, die Mitglied der NSDAP waren, sondern „die Deutschen“, das deutsche Volk als Kollektiv, das zum „Tätervolk“ schlechthin definiert wurde. Die

Wurzel des Faschismus wurde nicht mehr in Kapitalinteressen und kleinbürgerlicher Bewegung gesehen, sondern in der deutschen Kultur und Geschichte, die in zunehmend anachronistischer Weise als besonders reaktionär gedeutet wurden.

Im Zuge dessen entwickelten universitär geprägte deutsche und österreichische Linke, die dann teilweise auch Funktionärsposten besonders bei den Grünen ergatterten, mehr und mehr ein gestörtes Verhältnis zu Bevölkerung und Kultur des eigenen Landes. Im Fall der sogenannten Antideutschen, die auf Unis und bei den Grünen erheblichen Einfluss haben, nimmt diese spezifisch deutsche und besonders gründliche Form der Autoaggression hochgradig pathologische Züge an; eine politische Strömung reif für die Psychiatrie.

Die pathologische Spitze des antideutschen Eisbergs sind Bekenntnisse wie „Deutschland verrecke“. Noch viel weiter verbreitet im grün-akademischen Milieu sind eine grundlegende Verachtung der Kultur des eigenen Landes und eine gleichzeitige Verklärung von exotischen fremden Kulturen.

Da wird einheimische Volksmusik lächerlich gemacht, weil sie konservativ sei, und gleichzeitig Ethno-Konzerte von Balkan-Roma als schick befunden, deren patriarchale Kultur die von indigenen Deutschen oder Österreichern in der Regel weit übertrifft. Da können Studierende massiv in Rage geraten, wenn ein Einheimischer in einer Vorlesung die geschlechtergerechte Sprache vergisst, begeistern sich aber für Hip-Hop, Rap oder Reggae und überhören den oftmals offensiven Sexismus und die massive Homophobie in diesen Musikrichtungen.

Grüne Akademiker kritisieren indigene Arbeiter, wenn sie breitbeinig dasitzen, und erläutern ihnen gespreizt, was Manspreading sei, finden dann aber Latino-Machismo eine feurige

und interessante fremde Kultur. Grüne Veganer, die in jedem Restaurant nachfragen, ob da nun wirklich kein Ei in der Speise enthalten ist, werden plötzlich ganz still, wenn es um die muslimische Schächtung von Tieren geht, wollen sie doch nicht in den Geruch kommen, gegenüber anderen Kulturen intolerant zu sein. Grüne Linke lehnen den Katholizismus und sein hierarchisches System zu Recht ab, finden dann aber den Dalai Lama und den tibetanischen Buddhismus attraktiv und ignorieren, dass es sich dabei um eine Klerikaldiktatur handelt.

Liberales Grüne beklagen den auch heute noch bestehenden gesellschaftlichen Einfluss der christlichen Kirchen und deren konservative Ideologie, beschönigen aber gleichzeitig die noch deutlich reaktionärere Ideologie des Islam, seine noch massiveren Eingriffe in das Leben von Individuen und seine noch stärkeren politischen Ansprüche – und warnen mit besorgter Miene vor „Islamophobie“. Viele grüne Akademiker achten bei der Entwicklung ihres Nachwuchses nachdrücklich auf völlige Gewaltfreiheit und sind ehrlich entsetzt, wenn ein Volksschüler mit einem Ast so tut, als würde er schießen, finden aber keine klaren Worte zum archaischen Recht des Stärkeren, das die Kultur der meisten Asylwerber aus Afrika, dem Nahen Osten und Afghanistan prägt (7).

Diese Psychologie gibt es überall in den westeuropäischen, nordamerikanischen und australischen „weißen“ Gesellschaften, ideologisiert meist über den Kolonialismus. Theoretisiert wurde sie seit längerem an US-Unis und mit Black-Lives-Matter zu einer politisch wirksamen Kampagne des globalistischen Establishments (8). Dennoch ist sie in Deutschland und Österreich besonders ausgeprägt, was mit dem Trauma des Nazismus zusammenhängt.

Die NS-Verbrechen waren monströs, sechs Millionen Juden ermordet, 26 Millionen Russen und andere Sowjetbürger ums Leben gebracht. Scham und Schuld lagen als erdrückende Last auf der deutschen – und ab den 1980er-Jahren, als der Mythos vom „ersten

Opfer“ der Nazi-Expansion nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, auch auf der österreichischen – Gesellschaft. Und in den letzten Jahrzehnten kippte die frühere deutsche Hybris, die Selbstüberhöhung als „Herrenmenschen“, in Selbstverleugnung, Selbstverachtung, Selbsterniedrigung und Selbsthass – insbesondere in den grünen Milieus.

Solche Gefühle sind weder bei Individuen gesund noch bei Gesellschaften. Aber diese Entwicklung kann historisch und psychologisch erklärt werden. Angesichts der übermächtigen Schuld der eigenen Gesellschaft gegenüber anderen war die Auseinandersetzung mit eigenem Leid schwierig, befürchtete man doch die Relativierung von NS-Verbrechen. Die Folge war, dass all die traumatischen Erfahrungen von Bombenkrieg und Vertreibung, die zig Millionen Deutsche und Österreicher gemacht hatten, im politischen Diskurs des Mainstreams jahrzehntelang unterdrückt und verdrängt wurden. Und viele Kriegskinder wiegelten auch selbst ab, indem sie darauf verwiesen, dass es „andere noch schlimmer erwischt“, dass sie „immerhin überlebt“ hätten, dass man nach vorne schauen müsse.

In Teil 2 wird ein Psychogramm der grünen Parteigänger erstellt, es geht um die besonders eilfertige Unterwerfung der Grünen unter US-Interessen, es wird eine Klassenanalyse des grünen Milieus vorgenommen und schließlich diskutiert, wieweit die Grünen eine Art neue faschistische Bewegung darstellen.

Quellen und Anmerkungen:

(1) Siehe im Detail: Eric Angerer: Streifzug durch die Geopolitik 2/3, <https://www.rubikon.news/artikel/streifzug-durch-die->

[geopolitik-2 \(https://www.rubikon.news/artikel/streifzug-durch-die-geopolitik-2\)](https://www.rubikon.news/artikel/streifzug-durch-die-geopolitik-2)

(2)

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1987_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1987_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf und

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1990_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1990_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf

(3)

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/stiftung/1994_Wahlprogramm.pdf

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/stiftung/1994_Wahlprogramm.pdf

(4)

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1998_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1998_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf

(5) Franz Schandl: Sascha dampft in allen Gassen,

<https://www.freitag.de/autoren/franz-schandl/sascha-dampf-in-allen-gassen> (**<https://www.freitag.de/autoren/franz-schandl/sascha-dampf-in-allen-gassen>**)

(6) Eric Angerer: Die ukrainische Vorgeschichte,

<https://www.rubikon.news/artikel/die-ukrainische-vorgeschichte> (**<https://www.rubikon.news/artikel/die-ukrainische-vorgeschichte>**)

und Eric Angerer: Propaganda um

Mariupol, <https://tkp.at/2022/03/15/propaganda-um-mariupol/> (<https://tkp.at/2022/03/15/propaganda-um-mariupol/>)

(7) MAGIS: Islamophile Linke und marxistische Alternativen, <https://hintergrund-verlag.de/spaetkapitalistische-systementwicklung/magis-islamophile-linke-und-marxistische-alternativen/> (<https://hintergrund-verlag.de/spaetkapitalistische-systementwicklung/magis-islamophile-linke-und-marxistische-alternativen/>)

(8) MAGIS: Zuspitzung in den USA. „Black Lives Matter“, Donald Trump und die Globalisten, <https://hintergrund-verlag.de/spaetkapitalistische-systementwicklung/magis-zuspitzung-in-den-usa-black-lives-matter-donald-trump-und-die-globalisten/> (<https://hintergrund-verlag.de/spaetkapitalistische-systementwicklung/magis-zuspitzung-in-den-usa-black-lives-matter-donald-trump-und-die-globalisten/>)

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Eric Angerer, Jahrgang 1974, ist studierter Historiker und war als Nachrichtenjournalist tätig. Die letzten Jahre arbeitete der begeisterte Alpinist im Bildungsbereich, unter anderem als Sportlehrer. Er verfasste und redigierte zahlreiche historische Texte und solche der marxistischen Theorie. Sein politisches Engagement bezog sich lange Zeit vor allem auf die Unterstützung betrieblicher Selbstorganisation von Beschäftigten in Industrie und Gesundheitswesen. Aktuell beteiligt er sich an der Initiative „Analyse Widerstand Freiheit“ (AWF) in Österreich.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)**

(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.

Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.